

## **Niederschrift**

**der 26. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses Am Mellensee am Montag, dem 27.11.2017 in der Gemeinde Am Mellensee, Zossener Str. 21c, 15838 Am Mellensee**

---

### **Öffentlicher Teil**

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 20:40 Uhr

Teilnehmer: **Fraktion CDU / FW**  
Lutz Lehmann  
Heiko Winterstein

**Fraktion Die Linke**  
Doreen Schulze

**Fraktion SPD**  
Kay Brückner

**Fraktion UWG**  
Erhard Bischert

**sachkundige Einwohner:**  
Bert Borchert  
Jörg Kruppa  
Uwe Hürdler

Unentschuldig: Ina Hänsel

|             |                   |                           |
|-------------|-------------------|---------------------------|
| Verwaltung: | Frank Broshog     | Bürgermeister             |
|             | Christina Richter | Teamleiterin I            |
|             | Petra Dornbusch   | Teamleiterin II           |
|             | Birgit Potschin   | Sachbearbeiterin Schulamt |

### **Tagesordnung**

#### **Öffentlicher Teil**

01. Eröffnung der Sitzung
02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
03. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
04. Einwendungen zur Niederschrift der 24. Sitzung
05. Einwendungen zur Niederschrift der 25. Sitzung
06. Einwohnerfragestunde
07. Diskussion zur möglichen Finanzierung einer Kinder-Kombi-Einrichtung im OT Mellensee
08. Diskussion zur Kita-Kalkulation
09. Beratung zur Einwohnerbeteiligungssatzung
10. BSV – Zweitwohnungssteuer
11. BSV – Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Am Mellensee
12. Beschluss des überplanmäßigen Aufwand / Auszahlung, für die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes in der Kita Wirbelwind im OT Sperenberg
13. Mitteilungsvorlage überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

- 14. Sitzungstermine
- 15. Informationen und Anfragen

#### **Zu 01. Eröffnung der Sitzung**

Herr Winterstein begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

#### **Zu 02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Winterstein stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 5 von 5 Mitgliedern anwesend und somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **Zu 03. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil –**

Es gibt keinen Änderungsantrag.

#### **Zu 04. Einwendungen zur Niederschrift der 24. Sitzung**

Es gibt keine Einwendungen zu der Niederschrift.

#### **Zu 05. Einwendungen zur Niederschrift der 25. Sitzung**

Es gibt keine Einwendungen zu der Niederschrift.

#### **Zu 06. Einwohnerfragestunde**

Frau Kobel fragt nach, warum das Angebot der Kitas für die Abgeordneten, sich die Kindereinrichtungen anzusehen, nicht wahrgenommen wurde. Frau Kobel erhält Antwort, dass es Wunsch der Kitaleiterinnen war, sich ebenfalls vor den Ausschüssen zu repräsentieren, wie es den Bewerbern für eine evtl. Trägerschaft eingeräumt wurde. Die Präsentation wurde durch die Leiterinnen kurzfristig abgelehnt und den Abgeordneten wurde vorgeschlagen, sich die Einrichtungen anzusehen. Die Abgeordneten waren darüber sehr erstaunt, da es nicht darum ging sich die Einrichtungen anzusehen, es ging um das fachliche Angebot.

Eine weitere Frage wird von Herrn Pehnert an die Verwaltung gestellt. Er möchte wissen, ob die Gemeinde eine Änderung bzgl. der Umsatzsteuerpflichtbefreiung eingegangen ist. Frau Dornbusch erklärt den Einwohnern und Mitgliedern des Ausschusses, dass der Beschluss der Gemeinde noch gültig ist und es noch keine Überprüfung bzgl. der Umsatzsteuerpflicht für die Gemeinde gegeben hat. Weiter erklärt Frau Dornbusch, dass sie doch etwas erstaunt über diese Frage ist, da das keineswegs Thema der heutigen Sitzung ist und sie aus diesem Grund nicht vorbereitet ist. Herr Pehnert erklärt den Abgeordneten, dass es gerade das ist, worum es in der neuen Einwohnerbeteiligungssatzung geht, dass künftig keine Anfragen gestellt werden dürfen, die nicht auf der Tagesordnung stehen. Herr Hürdler richtet das Wort an die Einwohner und empfiehlt, der Verwaltung vorher die Fragen zukommen zu lassen, so dass sich die Verwaltungsmitarbeiter besser darauf vorbereiten können.

#### **Zu 07. Diskussion zur möglichen Finanzierung einer Kinder-Kombi-Einrichtung im OT Mellensee**

Herr Broshog berichtet über die freien Träger, die sich in den letzten Wochen, den Mitgliedern des BSSK- Ausschusses und FWT- Ausschusses vorgestellt haben. Er selbst war auch dabei und kann berichten, dass einige der freien Träger angeboten haben, die neue Kinder-Kombi-Einrichtung selbst zu errichten. Herr Bischert fragt nach, ob der freie Träger die zugesagten Fördermittel ebenfalls erhalten würde. Das muss durch die Verwaltung abgeprüft werden.

Herr Broshog erklärt den Mitgliedern, dass die Gemeinde im gemeinsamen Gespräch mit der Kommunalaufsicht beauftragt wurde, den Bedarf an Kita- und Hortplätzen nachzuweisen sowie

die künftige Auslastung der Kapazität in der 3. Etage des Schulgebäudes im OT Sperenberg. Der Neubau muss für die Gemeinde die wirtschaftlichste Variante sein. Die Kreditverpflichtung, muss nicht nur im Jahr der Kreditaufnahme sondern auch in der mittelfristigen Haushaltsplanung mit der Leistungsfähigkeit der Gemeinde im Einklang stehen. Um die Kreditgenehmigung zu erreichen, bedarf es der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften des § 74 BbgKVerf.

Die Verwaltung muss der Gemeindevertretung spätestens im März 2018 ein konkretes Arbeitspapier zur weiteren Verfahrensweise vorlegen. Bis dahin müssen die Gespräche mit den Trägern geführt werden, inwieweit diese auch bereit sind, den Bau der Kindereinrichtung selbst zu übernehmen. Dazu muss abgeprüft werden, wie sich das finanziell für die Gemeinde auswirkt.

#### **Zu 08. Diskussion zur Kita-Kalkulation**

Hier macht Frau Richter Ausführungen. Es gibt ein neues Urteil vom 06.10.2017 vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Normenkontrollverfahren; Kita-Gebührensatzung. Der Tenor dieses Urteils ist z.B., dass keine kalkulatorischen Zinsen in die Kalkulation eingerechnet werden dürfen, dafür aber Personalkosten für das zusätzliche pädagogische Personal. Hier bedarf es bereits erster Änderungen, für die gerade fertiggestellte Kalkulation. Weiterhin entstehen der Gemeinde künftig höhere Kosten für die neu ausgeschriebenen Reinigungsleistungen ab 01.01.2018 sowie für die Servicekraft, die für die Vollverpflegung benötigt wird, da diese bisher in den Kita's nicht angeboten wurde. Es sind sich alle Mitglieder einig, dass die aktuelle Rechtsprechung des Urteils von Rathenow in der neuen Kalkulation einzuarbeiten ist.

#### **Zu 09. Beratung zur Einwohnerbeteiligungssatzung**

Diese Satzung wurde im Hauptausschuss zur Beschlussfassung eingebracht. Sie wurde zur Beratung zurück in alle Ausschüsse verwiesen. Es gibt eine angeregte Diskussion dazu. Folgende kursiv gesetzte Texte sollen im § 2 ergänzt werden.

### **§ 2**

(1) In öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung *und deren Ausschüssen*, sind alle Personen, die in der Gemeinde ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt *vordergründig* kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung an die Mitglieder der Gemeindevertretung zu stellen (Einwohnerfragestunde). *Im Anschluss können für die verbleibende Zeit weitere Fragen zu Gemeindeangelegenheiten gestellt werden.*

#### **Zu 10. BSV – Zweitwohnungssteuer**

Herr Hürdler fragt nach, ob der Beschluss zur Aufhebung der Zweitwohnungssteuer ausreichend ist. Nach seinem Kenntnisstand, kann eine Satzung nur durch eine neue Satzung aufgehoben werden. Herr Lehmann macht dazu noch Ausführungen, dass es ihm unverständlich sei, nach mehreren Beratungen hier im Ausschuss konnte die unter TOP 11 aufgeführte neue Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer durch den Antrag der UWG noch nicht beschlossen werden. Es hätte nicht sein müssen, dass die alte Satzung durch eine Aufhebungssatzung aufgehoben werden müsste. Im Finanzausschuss gab es ein deutliches „Ja“ zur Satzung. Herr Bischert von der UWG erklärt den Mitgliedern, dass er im Finanzausschuss zwar persönlich zugestimmt hatte, aber die Diskussion in der Fraktion dann zu einem anderen Ergebnis geführt habe. Frau Dornbusch fragt nach, ob die Fraktionssitzung nach der Ausschusssitzung stattgefunden hat. Das wird bejaht. Herr Lehmann betont nochmal, dass beim Landkreis diese Themen in den Ausschüssen behandelt werden und diesem Votum dann auch im Kreistag bei der Beschlussfassung gefolgt wird. In der Gemeinde muss dieser Weg ebenfalls eingeschlagen werden. Die Termine müssten anders als bisher abgestimmt werden. Die Abstimmung ergibt Einstimmigkeit für die Aufhebung.

**Zu 11. BSV – Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Am Mellensee – Antrag Fraktion UWG zur Satzung über die Zweitwohnungssteuer**

Der Antrag der UWG beinhaltet die Streichung des Absatzes 3 im § 3 Steuerpflicht. Es geht darum, Feriengäste, der länger als einen Monat Mieter von Ferienhäusern-, Wohnungen- oder Zimmern in der Gemeinde sind, **nicht, wie in der Satzung enthalten**, mit einer Zweitwohnungssteuer zu belasten.

Hier gibt es erneut eine Diskussion darüber. Frau Dornbusch hat sich mal die Satzung des Kurortes Zingst angesehen und gibt den Mitgliedern zur Kenntnis, dass man selbst hier nicht darauf verzichtet, es wurden aber 8 Wochen festgesetzt. Nach einer kurzen Diskussion besteht einheitlich die Meinung, dass auch in unserer Gemeinde im Absatz 3 eine Änderung des Aufenthaltes von 4 auf 8 Wochen vorgenommen werden soll und somit die Streichung des Absatzes 3 entfällt. Die Abstimmung mit der Änderung auf 8 Wochen erfolgt einstimmig.

**Zu 12. Beschluss des überplanmäßigen Aufwand / Auszahlung, für die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes in der Kita Wirbelwind im OT Sperenberg**

Hier gibt es keine weitere Diskussion, dieser BSV wird einstimmig zugestimmt.

**Zu 13. Mitteilungsvorlage überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**

Frau Dornbusch und Herr Broshog erläutern den Mitgliedern die Maßnahmen.

**Zu 14. Sitzungstermine 2018**

Die Mitglieder nehmen die Termine zur Kenntnis.

**Zu 15. Informationen und Anfragen**

Die Mitglieder fragen nach dem Haushaltsplan für 2018. Frau Dornbusch erklärt, dass derzeit noch am Jahresabschluss 2013 gearbeitet wird. Diese Arbeiten werden im Dezember abgeschlossen. Die Zuarbeit für die Planerstellung von den Fachämtern liegt der Kämmerei vor, so dass dann auch mit der Erstellung des Haushaltsplanes und den Anlagen begonnen werden kann. Es müssen noch spezielle Punkte abgestimmt werden, wie z. B. die Kosten für die neue Kindereinrichtung einzuplanen sind.

Eine weitere Anfrage wird bzgl. der Bereitstellung von öffentlichem WLAN gestellt. Herr Broshog macht dazu Ausführungen, kann aber schon sagen, dass es Förderungen durch den Landkreis nicht geben wird. Weiter wird nachgefragt ob die Gemeinde Möglichkeiten der Einflussnahme auf den öffentlichen Nahverkehrsplan hat. Herr Broshog erklärt, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme dazu gleich Null sind.

Am Mellensee, 04.12.2017



Winterstein

Vorsitzender des Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschusses